



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

364 (17.8.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192857](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192857)

Mannheimer General-Anzeiger

Preis: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 1.20 für Bringerlehn u. Einlieferungsgebühr 20.—, in allen anderen Orten 2.00. Einzelhefte 10 Pf. —
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, 17900 Mannheim, L. 2. u. 3. Str. 20/21. Telefon 2011. —
Eigentümer: Hermann Heilmann, Mannheim, L. 2. u. 3. Str. 20/21. —
Verantwortlicher: Hermann Heilmann, Mannheim, L. 2. u. 3. Str. 20/21. —
Druck: K. Heilmann, Mannheim, L. 2. u. 3. Str. 20/21.

Badische Neueste Nachrichten

Einzelhefte: 10 Pf. —
Anzeigenpreise: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 1.20 für Bringerlehn u. Einlieferungsgebühr 20.—, in allen anderen Orten 2.00. Einzelhefte 10 Pf. —
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, 17900 Mannheim, L. 2. u. 3. Str. 20/21. Telefon 2011. —
Eigentümer: Hermann Heilmann, Mannheim, L. 2. u. 3. Str. 20/21. —
Verantwortlicher: Hermann Heilmann, Mannheim, L. 2. u. 3. Str. 20/21. —
Druck: K. Heilmann, Mannheim, L. 2. u. 3. Str. 20/21.

Warschau besetzt.

Deutschland und Rußland.

Will man die Dinge im Osten richtig werten, und einigermaßen zutreffende Ausblicke in die Zukunft gewinnen, so muß mit aller Schärfe eines betont werden: es ist nicht die bolschewistische, also eine sozialrevolutionäre Idee, die den Sieg an die Fahnen der russischen Armeen geheftet hat, sondern die nationale großrussische. Nicht eine proletarische Armee, die unter dem Stern der sozialistischen Weltumwälzung kämpft, ein russisches Volksheer, das das Vaterland in seiner alten Größe und Unversehrtheit wiederherstellen will und im Westen wie in Asien, an der Ostsee wie am Schwarzen Meer den großrussischen Machtgedanken wieder aufnimmt, steht vor Warschau. Der sozialistisch-weltrevolutionäre Gedanke wäre nicht triebkräftig genug gewesen, um russische Massenheere in Bewegung zu setzen. Erst als der historisch gewordene großrussische Staat in Gefahr geriet, kam Rußland in Bewegung. In Asien — das haben wir gestern hier gezeigt — nimmt Sowjetrußland einfach die Eroberungspolitik des Zarenreiches unter anderen Vorzeichen und mit neuen Agitationsmethoden wieder auf. Max Cohen sagte unlängst zutreffend: „Die militärischen Erfolge der Russen haben mit dem bolschewistischen System gar nichts zu tun. Sie sind einmal durch die außerordentliche militärische Schwäche der Polen, denen es an den notwendigsten Dingen, die man zum Kriegsführen gebraucht, zu fehlen scheint, zu erklären, sodann aber ganz besonders durch den Umstand, daß die treibende geistige Kraft im russischen Heere national-großrussischer Natur ist.“ Der sozialistisch-weltrevolutionäre Gedanke wird aber von den klugen russischen Machthabern nicht fallen gelassen, wenn er auch nicht den Kerngedanken der großartigen politischen Entfaltung Rußlands bildet. Er hat günstige propägan- distische Wirkungen, er erkaufte die asiatischen Völker und selbst, wie wir aus den Vorgängen in England sahen, die Diplomatie der Alliierten.

Wenn wir das Wesen der politisch-militärischen Entfaltung Rußlands auf diese Weise richtig beurteilen sollten, so wird sich vielleicht ein zutreffender Antwort auf die Frage gewinnen lassen, ob der russische Vormarsch über Polen hinausgehen wird. Man braucht nicht zu leugnen, daß Strömungen und Tendenzen auf der russischen Seite vorbanden sind, die weiterfluten möchten, aber es fragt sich, ob sie stark genug sind, die Führer und das Volksheer vorwärts zu treiben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieses Volksheer, das so willig gegen den nationalen Erbfeind, den Polen, marschierte, seine Schlag- und Stoßkraft verlieren würde, wenn es für Ideen weiterzürücken und bluten sollte, die nur einem Teil seiner Massen eigentümlich sind. Deutschland ist ein großrussisches Ziel, Polen, die freie Ostsee, der freie Zugang zum Mitteländischen Meer waren und sind solche. Für den sozialistisch-weltrevolutionären Gedanken würde sich von dem russischen Volksheer wahrscheinlich nur ein Teil in Bewegung setzen lassen, der zu schwach sein möchte, um einen ernsthaften Brand entfachen zu können. Vielleicht erklärt sich aus solchen Erwägungen heraus, daß die in Soldau eingerückten russischen Befehlshaber den deutschen Kommandanten abgewinkt haben, die auf Einführung einer Sowjetverwaltung drängen: sozialistisch-weltrevolutionäre Propaganda ohne zwingenden Zusammenhang mit dem großrussischen Ziele löste Zwiespalt in den einheitlichen Geist und Schwung des russischen Heeres bringen. Denn der größte Teil dieses Heeres kämpft für die Wiederherstellung der historischen Grenzen und der historischen Bewegungsfreiheit Großrußlands, aber nicht für die Einführung des bolschewistischen Systems in Deutschland, Frankreich und England. Viele russische Soldaten würden bereit sein, ihr Leben für die kommunistischen Schwärmer zu opfern? Die Antwort auf diese Frage wird die russischen Machthaber vermutlich veranlassen, nach Westen hin sehr vorsichtig zu operieren.

Das Ziel Rußlands Deutschlands gegenüber möchte wohl ein ganz anderes sein: wenn mit so großer Entschiedenheit im polnischen Korridor vorgegangen wird, so ist offensichtlich, daß damit zunächst und vor allem die wirtschaftlichen Schranken beseitigt werden sollen, die die Entente aufgerichtet hat. Im Vordergrund stehen auch den verantwortlichen Männern Rußlands die rein wirtschaftlichen Dinge wie auch die folgende Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ zelt:

„Trotzdem der russische Vertreter Kopp bis jetzt keine Erweiterung seiner Befugnisse aus Moskau mitgebracht oder erhalten hat, scheint der Wille zu eigentlichen Wirtschaftsverhandlungen über die gepflanzten unverbundlichen Vorbesprechungen hinauszukommen und bei der Räteregierung so weit gereift zu sein, daß sie es für zweckdienlich erachtete, Herrn Kopp einen Stab von Sachverständigen zu beauftragen. Dazu gehört ein Herr Michalski, der sich in Warschau befindet, und als wirtschaftlicher Sachverständiger Bramann-Brodowski, der seinerzeit bereits mit deutschen Unternehmern bei den Beratungen über die Zusatzverträge zum Vertrag von Brest-Litowsk verhandelt hatte. Morgen soll auch der Chef des russischen Verkehrswezens, Professor Bronussow, mit einem Stab von Technikern dorthin kommen.“

Wenn wir auf dem Wege solcher Betrachtungen dazu gelangen, die etwa von Osten drohende Gefahr nicht zu überschätzen, so ist doch klar, daß wir wachsam bleiben müssen. Mehr als Wahrscheinlichkeiten kann auch der gewissenhafteste Politiker gegenüber dem russischen Rätsel nicht aufstellen. Aber möglichst frei von parteipolitischen Scheuklappen, von Voreingenommenheiten sollen wir ihm gegenüberzutreten suchen. Denn es ist sicher, daß die richtige Lösung des Ostproblems Deutschlands und Europas Zukunft in sich schließt. Der Bolschewismus ist nicht der russische Ausweg, den Europa benötigt, aber es ist zutreffend, wenn

Graf Czernin in den Grenzboten schreibt: „Ohne Rußlands unerlöschliche Quellen geht Europa zugrunde, ohne russisches Getreide und russische Rohstoffe ist an die Erholung des Erdteiles nicht zu denken.“ Es wird eine der vornehmsten Aufgaben deutscher Politik sein, den wirtschaftlichen Austausch zwischen Mitteleuropa und Rußland in Gang zu bringen: Die Brückenpforte hat das russische Heer besetzt.

Warschau in der Hand der Russen.

London, 16. Aug. (W.B.) Die roten Heere, die in konzentrischer Richtung gegen Warschau vordringen, gewannen im Osten bei Wegrow und im Südosten bei Kutow beträchtlich Gefände. Nach den letzten Berichten ist die Kampffront 16 Meilen von Warschau entfernt. Wie verlautet, hoffen die Bolschewisten heute die Stadt zu nehmen.

Amsterdam, 17. Aug. (W.B.) Die „Times“ meldet aus Kowno: Der Generalkommandant der russischen Armee in Wilna meldet, daß Warschau am 15. August durch die roten Truppen besetzt worden ist. In Warschau haben unter dem bolschewistischen Element im Zusammenhang mit diesem Ereignis große Demonstrationen stattgefunden.

Die Russen in Soldau.

Menslein, 16. Aug. (W.B.) Nach einem dem „Allenstein Volksblatt“ zugegangenen Bericht zogen am 15. August nachmittags in Soldau die eingerückten Truppen eine örtliche Selbstverwaltung mit Ausschluß aller polnisch gebliebenen Elemente ein. Der Antrag der Soldauer Kommunisten auf Einführung der Sowjetverwaltung wurde von dem russischen Militärkommissar abgelehnt, da er für die agrarische Bevölkerung nicht geeignet sei. Ein großer Teil der im Kreise Reidenburg weilenden Soldatlinge ist bereits heimgekehrt. Der russische Militärkommissar erwiderte sich nach der Anzahl der in Allenstein befindlichen Truppen und fragte, wann die Entente Mission Allenstein verlassen werde. Er bat, möglichst bald den Eisenbahnverkehr mit Soldau wieder aufzunehmen und erklärte, daß die Russen den polnischen Korridor bis Danzig besetzen würden, um die Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern. Falls Danzig sich neutral verhalten werde, würde es nicht besetzt.

Berlin, 17. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Der Divisionskommandant der in Soldau eingerückten russischen Truppen erklärte, wie aus Königsberg berichtet wird, in der Soldauer Stadtvorordneten-Versammlung: Er habe die radio-telegraphische Anweisung aus Moskau erhalten, das Soldauer Gebiet den eingeseffenen Deutschen zu übergeben, die für Ruhe und Ordnung sorgen sollten. Rußland mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes hinein. Bei einer anderen Angelegenheit erklärte der Kommandant, die Einführung des Sowjetsystems im deutschen Gebiet komme nicht in Betracht, weil es dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes widersprechen würde. Die Grenzen von 1914 würden wieder hergestellt.

Der Vormarsch durch den polnischen Korridor.

Berlin, 17. August. (Von unserem Berliner Büro.) Der Vormarsch durch den polnischen Korridor mit dem Ziele seiner vollen Besetzung, geht wie aus Königsberg berichtet wird, trotz der Münster Verhandlungen weiter, ohne daß die Russen ernsthaften Widerstand finden. Haben doch die Polen aus dem ehemaligen deutschen Gebiet den letzten Mann herausgeholt. Wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, sind Strasburg und Lauterburg von den Russen kampflös besetzt worden. Vorausgeschickt werden die Hauptkräfte der Russen den zurückgehenden polnischen Truppen auf Grauden zuzugelen, und die Eroberung von Thorn dem eigentlichen russischen rechten Flügel überlassen. Die Russen haben am 14. August Biezur besetzt, sie nähern sich dem Orte Sierpe, am 15. August haben die Polen durch Gegenangriff von Plonsk aus die Linie Smadzow—Kowomasto—Ragbin gehalten.

Berlin, 17. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Wie aus Danzig berichtet wird, widert sich der Verkehr durch den Korridor noch normal ab. Die Strecke Thorn—Warschau ist noch die einzige, die für den Verkehr frei ist. Sollten aber die Russen bei ihrem Vormarsch dieses Tempo einhalten, so dürfte auch diese Eisenbahnlinie bald unterbrochen sein. In den Städten des Korridors dauern die polnischen Schikanen gegen die Deutschen an. Wer sich irgendwie über die polnischen Einrichtungen unzufrieden äußert, wird in Gewachsam genommen. Gestern abend wurden auf dem Dirschauer Bahnhof, 20 Danziger aus dem Eisenbahnwagen herausgeholt und in einer Baracke untergebracht. Man hat bis heute abend noch keine Nachricht von dem Verbleib dieser Leute. Man weiß auch nicht, aus welchem Grunde diese 20 Personen, deren Pässe alle in Ordnung waren, verhaftet wurden. Die Polen bereiten sich vor, den Russen an der Weichsel stärksten Widerstand zu leisten. Man erwartet große Zusammenstöße zwischen Grauden z und Thorn. Auch bei Dirschau sind auf polnischer Seite umfangreiche Maßnahmen zur Abwehr der russischen Angriffe getroffen worden.

Die Verhandlungen in Minsk.

M. Kdo, 17. Aug. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Paris: Die „Central News“ veröffentlicht die Nachricht, die polnischen Friedensunterhändler seien in Minsk eingetroffen.

Die Wahrung der deutschen Neutralität.

Brüssel, 17. Aug. (W.B.) Sämtliche Freie Gewerkschaften und sozialdemokratischen Vereine Oberschlesiens haben für heute abend Versammlungen einberufen zur Abwehr jeden Versuches, die Neutralität Oberschlesiens zu verletzen. Die Gewerkschaft der Eisenbahner fordert ein Verbot sämtlicher nicht kontrollierter Truppen- und Munitionstransporte. Die Kaufmannschaft wurde aufgefordert, sämtlich die Läden zu schließen. Sollten die Forderungen zur Sicherung der Neutralität Oberschlesiens nicht angenommen werden, so wird der allgemeine Ausstand in Oberschlesien angebroht.

Der Wrangelstreit.

Sta. London, 17. Aug. (Priv.-Tel.) „Daily Express“ schreibt, daß die englische und französische Regierung keine weiteren Mitteilungen über General Wrangel austausche. Die französische Regierung habe dagegen dem englischen Gesandten in Paris die Versicherung gegeben, daß Wrangels Anerkennung nur einen moralischen Wert habe. Eine materielle Unterstützung sei nicht versprochen worden.

Washington, 16. Aug. (W.B.) In diplomatischen Kreisen wird die amerikanische Note günstig beurteilt. Die Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel durch Frankreich wird gut aufgenommen. Man glaubt, die französische Regierung habe gute Gründe gehabt, so zu handeln. Von Seiten einer amerikanischen Persönlichkeit wurde erklärt, die Anerkennung der Sowjetregierung käme einem Ruin der Werte gleich.

Paris, 16. Aug. Wie der „Temps“ meldet, begab sich Paleologue am Montag mittag nach der englischen Botschaft, wo er eine lange Unterredung mit Lord Derby hatte. Der englische Botschafter überreichte der französischen Regierung im Laufe des Nachmittages eine Mitteilung in bezug auf die Frage des russisch-polnischen Konfliktes.

London, 16. Aug. Im Oberhause beantragte Lord Curzon die Vertagung des Hauses und sagte hierbei über den polnisch-russischen Krieg: Wir haben keine Streitkräfte und keine Geldmittel für einen solchen Krieg zur Verfügung. Die öffentliche Meinung in England wünscht im übrigen einen gerechten und ehrenhaften Frieden. Diesen Rat haben wir auch der polnischen Regierung gegeben. Am heutigen Morgen ist ein Telegramm mit der freudigen Zustimmung hierzu eingegangen.

Paris, 16. Aug. (W.B.) Nach einer Havasmeldung aus London brachte zu Beginn der Sitzung des englischen Unterhauses Bonar Law den Antrag ein, das Unterhaus solle sich bis zum 19. Oktober vertagen. Das Unterhaus werde früher zusammengerufen werden, wenn das Interesse des Landes es erfordere. Bonar Law fügte hinzu, er habe dem Hause keine anderen Erklärungen zu machen, als wie sie durch die Presse veröffentlicht worden seien. Die Lage in Polen sei noch nicht geklärt.

London, 16. Aug. Unterhaus. Bonar Law sagte zu seinem Vertagungsantrag, nur wenn die russischen Bedingungen an Polen nicht aufrichtig seien, oder wenn die polnische Unabhängigkeit beeinträchtigt würde, könne ein früherer Zusammentritt des Unterhauses notwendig werden, dann würde die Regierung sich veranlaßt sehen, die notwendigen Schritte zur Verteidigung der Unabhängigkeit Polens zu unternehmen. Er habe indes keinen Grund, einen solchen Fall anzunehmen. Ramenew habe in seinem Briefe an Lloyd George versichert, die Bedingungen würden nicht geändert werden. In diesem Falle würde die englische Regierung nicht vorgehen. Das Haus dürfe versichert sein, daß die Regierung England nicht in kriegsmäßige Operationen hineinziehen lassen werde, solange sie nicht das ganze Land hinter sich habe.

Asquith als Vertreter der unabhängigen Liberalen und Clunes, Vertreter der Arbeiterpartei, gaben ihrer Genehmigung über die Erklärungen Bonar Laws Ausdruck. Lloyd George nahm bei Beginn seiner Rede Bezug auf die Kritiken am Völkerbund, der nur wirksam sein könne, wenn völlige Einigkeit herrsche. Nun seien die Alliierten bezüglich Rußlands und Polens nicht derselben Meinung gewesen. Welchen Zweck hätte es da gehabt, wenn diese Angelegenheit anstatt vom Obersten Rat vom Völkerbund erörtert worden sei? Rußland habe es abgelehnt, eine Abordnung des Völkerbundes zu empfangen. Lloyd George sagte weiter, er und seine Kollegen hätten sich eifrig um den Frieden bemüht. Er hoffe, bald dem Hause Depeschen vorlegen zu können, aus denen sich ergeben würde, daß die Haltung der englischen Regierung bezüglich Polens konsequent gewesen sei. Auf eine Anfrage sagte Lloyd George, es wäre General Wrangel klar gemacht worden, daß er weitere Angriffe auf die Bolschewisten auf eigene Verantwortung machen würde. Wrangel habe aber neue Operationen begonnen und die Verantwortlichkeit falle daher ganz auf ihn.

Die Kriegsmüdigkeit der englischen Arbeiter.

London, 16. Aug. (W.B.) Die Vertreter des Aktionsausschusses der Arbeiterpartei Adamson und Gehling, die heute zu einer Konferenz mit den Arbeiterführern Frankreichs nach Paris gehen sollten, haben die Reise bisher noch nicht angetreten.

Amsterdam, 16. Aug. (W.B.) Der Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei Adamson sandte an den Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes und des internationalen Transportarbeiterbundes ein Telegramm, worin es u. a. heißt: Die größte und einigste Versammlung der englischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung begrüßt die Erklärung der russischen Regierung betreffend die völlige Ab-

hängigkeit Polens. Der Aktionsausschuss erhielt den Auftrag, solange in Tätigkeit zu bleiben, bis folgendes gesichert ist: 1. Vollständige Garantie, daß England keine Truppen verwenden wird, um militärische Unternehmungen Polens, Brangels oder irgend welche anderen militärischen Unternehmungen gegen die Sowjetregierung zu unterstützen. 2. Zurückziehung aller englischen Seestreitkräfte, die tätig sind, um direkt oder indirekt die Blockade gegen Rußland durchzuführen. 3. Anerkennung der Sowjetregierung und Wiederherstellung uneingeschränkter Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Rußland.

Die Versammlung lehnte jede Verbindung und jede Bundesgenossenschaft zwischen Großbritannien, Frankreich oder einem anderen Lande ab, die England verpflichten würde, General Wrangel oder Polen zu unterstützen oder Munition und Kriegsmaterial für Angriffe gegen Rußland zu liefern. Die Versammlung ermächtigte den Aktionsausschuss, erforderlichenfalls die allgemeine Arbeitseinstellung zu proklamieren und richtete einen Aufruf an alle organisierten Arbeiter, schnell, loyal und mutig zu handeln, alle Geheimdiplomatie aus dem Wege zu räumen und dafür zu sorgen, daß die ausdauernde Politik Großbritanniens in Lebereinstimmung mit den Wünschen des Volkes getrieben wird, damit den Kriegen und der ewigen Kriegsgefahr ein Ende gemacht wird.

Das Amtierender Sekretär beantwortete in seiner Antwort die Haltung der englischen Arbeitererschaft und drückt die Ueberzeugung aus, daß die Arbeiter aller Länder dem Vorbilde der englischen Kameraden folgen werden. Weiter heißt es: Die Zeitung des internationalen Transportarbeiterbundes fandte am 14. August einen Aufruf an die Seestreite und Eisenbahner aller Länder, jede Beförderung von Heeresmaterial und Truppen, die für im Gang befindliche oder drohende neue Kriege bestimmt sind, zu vermeiden. Die Zeitung des internationalen Transportarbeiterbundes wird in dieser Woche zusammenkommen, um internationale Richtlinien aufzustellen. Das Telegramm schließt: Es lebe der Kampf der nationalen und internationalen Arbeitererschaft für Frieden, Recht, Freiheit und Gerechtigkeit!

Litauische Kriegsangelegenheiten.

Kopenhagen, 16. Aug. Die Litauische Nationalversammlung beschloß die Ausgabe einer ausländischen Staatsanleihe im Betrage von 100 Millionen Mark. Der Minister des Äußeren Berichs begründete den Antrag damit, daß Litauen auf den Krieg vorbereitet sein müsse.

Wina, 16. Aug. Lit. Tel.-Ag. Aus unbekanntem Gründen wurden in der vorigen Woche in Wina auf Befehl der russischen Heeresleitung sieben litauische Bürger erschossen. Die litauische Abordnung der gemischten Kommission legte darauf hiergegen den schärfsten Protest ein und ebenso gegen die Verhaftung von etwa 100 jüdischen Einwohnern Winas.

Waffenstillstand mit Finnland.

Moskau, 16. Aug. (W.B.) Der Waffenstillstand mit Finnland wurde auf 31 Tage abgeschlossen. Er soll heute in Kraft treten und läuft, falls er nicht von einer Regierung mit 10-tägiger Frist gekündigt wird, weiter fort. Die Demarkationslinie, welche jetzt die Sowjetstreitkräfte von Finnland trennen werden von beiden Seiten nicht als die künftigen Grenzen betrachtet.

Revolution in Keval?

Berlin, 16. Aug. Zu den in letzter Zeit von einigen Berliner Bürgern niedergelegten Reden über angebliche in Keval ausgebrochene Unruhen, wie eine Erklärung der Nationalversammlung usw. wird uns von dem hiesigen Vertreter der estnischen Regierung mitgeteilt: Zur Unterdrückung des in Keval beabsichtigten teilweisen Arbeiterausstandes, der bereits im Abflauen begriffen war, wurden die Eisenbahner aufgefordert, sich an dem Streik zu beteiligen. Auch dieser Streik ist bereits im Abflauen. Die Nachrichten über eine in Keval ausgebrochene Revolution sind, wie berichtet werden kann, nichts weiter als Unfug und ein neuer Akt, der getroffen wird, um die westeuropäische öffentliche Meinung zu beeinflussen und irre zu leiten. Die Stimmung in Keval ist unverändert gut.

Der Vormarsch der Russen in Persien.

Teheran, 16. Aug. (W.B.) Bolschewistische Kreise in Teheran melden den Sturz der Regierung Kaufschil Khans durch die Bolschewisten. Sie bemächtigten sich der Stadt Enzeli und errichteten dort ein revolutionäres Komitee, das den Kampf gegen den englischen Imperialismus erklärte. Diese Bewegung ist ein Gegenstoß auf die Haltung Kaufschil Khans, der versucht hatte, sich den Bolschewisten zu entziehen. Die persische Regierung ist entschlossen, sich dem Vormarsch der Bolschewisten zu widersetzen. Andererseits stehen 8000 bolschewistische Truppen bei Arsalapha an der georgischen Grenze. Ein bolschewistischer Kommissar kündigte die Möglichkeit einer militärischen Aktion gegen Armenien an, um mit Gewalt die Frage der bestrittenen Gebiete von Karabagh und Cangerzur zu erledigen.

Deutschland und Lettland.

Wiederaufnahme der Beziehungen zu Lettland.

Berlin, 17. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Wie von zuständiger Stelle berichtet wird, hat das lettlandische Auswärtige Amt der deutschen Reichsregierung mitgeteilt, daß die lettlandische konstituierende Versammlung am 11. August das Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland angenommen habe, und daß auch demnächst eine lettlandische Vertretung nach Berlin eintrifft. Hierzu ist zu bemerken, daß das Abkommen von dem deutschen Auswärtigen Amt bereits angenommen wurde. Dieses Abkommen tritt nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden beider Länder in Kraft. Die Entsendung einer deutschen Vertretung nach Lettland wird demnächst erfolgen.

Rückkehr der deutschen Verwaltung nach Allenstein.

Allesstein, 16. Aug. (W.B.) Am 15. Aug. vormittags 11 Uhr verabschiedete sich die Interalliierte Kommission von dem hiesigen Behörden und übergab die Verwaltung des Bezirks Allenstein an den Kreis Olsztyn an den Reichs- und Staatskommissar Freiherrn v. G. a. g. l. Die Uebergabe leitete der Chef der Kommission mit einer Ansprache ein, worin er die Aufgabe der Interalliierten Kommission als beendet bezeichnete und namens der Kommission den Dank derselben an alle Behörden für ihre Mitarbeit aussprach. Der Reichs- und Staatskommissar nahm darauf die Verwaltung aus den Händen der I.A.K. entgegen und führte im Anschluß daran aus, die Erinnerung an die Ereignisse der Abstimmungszeit werde in der Bevölkerung dauernd lebendig bleiben und sie werde dabei nie vergessen, daß auch die Interalliierte Kommission unter den schwierigsten Verhältnissen bemüht war, die Verwaltung im Abstimmungsgebiet unparteiisch und gerecht zu leiten. Auch die interalliierten Truppen hätten sich bemüht, diesen Zweck zu folgen. Namens der ausweisenden Ehre der Reichs- und Staatsbehörden erklärte (schon Regierungspräsident v. Oppen, sie würden von diesem Augenblicke an die Verwaltung ausschließlich im Rahmen und im Auftrag des Reiches und des preussischen Staates gemäß der Verfassung des Reiches und des preussischen Staates führen.

Allesstein, 16. Aug. (W.B.) Anschließend an die gestern abend erfolgte Ankunft des Regierungspräsidenten von Oppen und des Oberbürgermeisters G. l. g. l. die von einer gewaltigen Menschenmenge auf das herzlichste begrüßt worden waren, kam es zu einer Ansprache vor dem Rathaus, wo sich eine große Menschenmenge gesammelt hatte. Händelsfähige Elemente haben dort den aus dem Hauptportal hervortretenden

Oberbürgermeister von der Treppe herunter zu reißen gesucht und ihn durch einen Stoß über den Kopf verließ. Die Sicherheitspolizei machte, nach der „Mannheimer Zeitung“, von der Waffe Gebrauch und schürte den Hag vor dem Rathaus von den Aufständischen, die daraufhin in der Wilhelmstraße das Plaster aufreisten und die Sicherheitspolizei mit Steinen bewarfen. Erst nach der Abgabe von einigen Schüssen, gelang es, die Aufständischen zu streuen.

Der Ausstand im Saargebiet.

Verhandlungsgrundlagen.

Der Samstag und Sonntag standen im Zeichen ausgebreiteter Verhandlungen, an denen Vertreter der Beamten, der Arbeiterverbände, der Regierungskommission usw. teilnahmen. Aus den Grundzügen dieser Besprechungen sind folgende von allgemeinerem Interesse: Die Regierungskommission ließ durch den Generalsekretär die Erklärung abgeben, daß das angegriffene Beamtenstatut in allen Punkten unänderlich ist. Was auch vorkommen mag, werde die Regierung nicht zu einer Abänderung veranlassen können. Weiter erklärte die Regierungskommission, daß sie bei Aufstellung des Beamtenstatuts von dem Wunsch geleitet war, den Beamten das größte Wohlwollen zu bezeugen, ihnen alle Verbesserungen ihrer Lage anzudeuten zu lassen, die in Deutschland den entsprechenden Beamtenklassen gewährt werden und weitere Verhandlungen wirtschaftlicher Art zu pflegen. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wird die Regierungskommission bereit sein, die Vertreter der Beamten zu empfangen und es hat nie in ihrer Absicht gelegen, der Beamtenschaft zu unterlegen, beruflichen und fachverwandten Angelegenheiten, sowie Vereinigungen, die Unternehmungen verfolgen, sie behält sich vielmehr nur vor, den Beamten zu verbieten, Vereinigungen anzugehen, die im Saargebiet politische Zwecke verfolgen oder politische Propaganda betreiben. Bezüglich der Streikmaßnahmen nach dem Streik ist die Regierung bereit, nachdem die Beamten durch Wiederaufnahme der Arbeit das Beamtenstatut anerkennen, weitgehende Nachsicht vorzuschlagen für die Arbeiter und Beamten, die sich einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt haben. Insbesondere wird sie auf die Militärbehörden einwirken und diese bitten, von einer Verfolgung der Angehörigen und Arbeiter vor dem Kriegesgericht abzusehen, die dem Requisitionsbefehl keine Folge leisteten. Dessenfalls, die sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder der Sabotage schuldig gemacht haben, werden dieser Vergünstigung nicht teilhaftig gemacht werden können. Gleich nach der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit wird der Belagerungszustand aufgehoben; nachdem die Polizeigewalt, die augenblicklich der Militärbehörde übertragen ist, wieder auf den Regierungspräsidenten übergegangen sein wird, erfolgt innerhalb 24 Stunden die Aufhebung der von der Militärbehörde erlassenen Zettlungsverbote.

Um ihren guten Willen zu zeigen, hatten Hauptstreikleitung und Arbeiterverbände für Samstag und Sonntag die Wiederaufnahme der Arbeit (Bahn, Post, öffentliche Verkehrsmittel) angedeutet, welcher Vorstoß entgegnet wurde, soweit sie die alle Welt zerstreuten Streikenden erreichte. Unmittelbar machte sich die Arbeitsaufnahme am Fernsprecher bemerkbar, Post- und Bahndienst kamen natürlich viel langsamer wieder in Gang, der Wälderer Flug mußte z. B. am Samstagabend noch an der Saarlandgrenze liegen bleiben. Besonders fehlte es an Lokomotivbesatzung. Auch die Postämter lehnten die Einlieferung von Post vorerst ab. Auf den Straßen wagten erwartungsvolle Menschenmengen auf und ab, Bollen und Patrouillen gaben dem Verkehrsbild besonders in Saarbrücken immer noch das Gepräge. Aus den Anordnungen der letzten Tage sind noch bemerkenswert eine Verlegung des Stabkommandanten des Grenzschützenden Hamburg: „Sis 5 Uhr heute mittag sind alle Waffen und Munition auf dem Bürgermeisterrat abzuliefern. Sollen bei der Ausrückung noch Waffen vorgefunden werden, so wird der Betreffende erschossen.“ Durch Ortelshells wurden sämtliche deutschen Offiziere aufgefordert, sich auf dem Bürgermeisterrat zu melden während „Eintrages in Kontrolllisten“. Der Kommandant der Saartruppen ordnete an, daß alle Besatzungen der vorherigen Genehmigung bedürfen und alle Aktionen der Provokation zu unterwerfen sind. Diese findet zweimal täglich statt. Alle Veröffentlichungen sind ohne jeden Zusatz zu vollziehen, wobei Besätze sofortiges Einschreiten gegen die Aktion nach sich ziehen. Die Besatzungskommandeure wurden mit der Ausführung der Bestimmungen beauftragt. — Ueber die Ergebnisse der Verhandlungen, die z. Zt. noch fortwähren, kann noch nicht berichtet werden.

Deutschnationale und Deutschvölkische.

In dem Deutschnationalen Parteiorgan „Unser Partei“, das von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei herausgegeben wird, rechnet der Landtagsabgeordnete Walter Graef sehr entschieden mit den Deutschvölkischen innerhalb seiner Partei ab. Er legt ihnen zur Last, daß die Wahlerfolge der Deutschnationalen hinter deren Hoffnungen und Erwartungen zurückgeblieben sind. Abgeordneter Graef (Mitglied der preussischen Landesversammlung) schreibt Folgendes:

„Alle Einseitigkeit ist vom Uebel. Verloft hat die übertriebende Betonung des Antisemitismus. Sie hat nur in ganz wenigen Gebieten Erfolg gehabt. In Hessen-Kassel, der alten Domäne antisemitischer Gedanken, versprochen sich unsere Freunde viel davon, daß die Deutsche Volkspartei in diesem Wahlkreis Rechte tankardieren ließ, der angeblich als Vordr die Stimmen der dortigen Bevölkerung nicht erboten werde. Erfolg? Die Deutsche Volkspartei brachte ihren dritten Kandidaten glatt durch, während der unsere nur mit Hilfe der Reichstimmen aus Hessen-Darmstadt floge. In Groß-Berlin brachten wir es mit Koch und Koch auf 4, die Deutsche Volkspartei glatt auf 5 Sitze. In den westlichen Vororten haben dort die Gebildeten diesmal zu Landen die Deutsche Volkspartei gewählt, während sie 1919 für uns eintraten; wir haben dort vielfach einen erheblichen Stimmenrückgang gegenüber dem vorigen Jahr gehabt. Grund? Nicht nur die hülfe Korridor und Olets, sondern traglos auch die nicht immer ständischen Agitationsmethoden antisemitischer Färbung. Der Antisemitismus hat eine schwaache Stelle: den Mangel an politischen Uebungsmethoden. Abgesehen von der Absicht des Zutritts der Olschen liegen positive Vorkommnisse für die Judenfrage vor im Ausbau des Gewerkschaftswesens zwangs Einverständnis des schlichen Zwischenhandels und in der Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins der Deutschen. Gelerntes ist sehr wenig auszurufen. Dafür hat man im Volke ein feines Verständnis, und deshalb hat der Verlesungsversuch antisemitischer Lösungen seine nachdrückliche Wirkung. Vor allem ist die vielfach begangene Eingangsfrist schädlich, alle politischen und sozialen Mißstände auf die Juden zurückzuführen zu wollen. Wir müssen uns von solchen Einseitigkeiten freihalten, so sehr wir auch im übrigen, und in den Parlamenten und nachdrücklich als bisher, die Vorberichter des Vordemutens in Regierung und Öffentlichkeit bekämpfen müssen. In der Form abstoßende Konnotationen müssen unter allen Umständen vermieden werden. Sie scheuen uns, niemand wird davon denken wollen, die antisemitische Note aus der Partei zu entfernen oder an der programmatischen Festlegung unserer Partei in der Judenfrage etwas zu ändern. Aber es darf nicht der Eindruck entstehen, als seien wir nur eine antisemitische Partei und hätten nicht noch zahlreiche sonstige Programmforderungen, die ebenso bedeutungsvoll sind wie die Bekämpfung der Vorberichter des Vordemutens. Unsere Partei darf nicht zu einem Konventikel für eine einzige, wenn auch an sich wichtige, aber doch nicht alles erschöpfende Idee werden.“

Deutsches Reich.

Württemberg gerät eine Landesgesellschaft.

Stuttgart, 16. Aug. (W.B.) Auf einen Antrag der Wap. Dr. Hürt und Dr. Wolf (Bauernbund) wegen Errichtung von Landesämtern der Genierverordnungen hat das Reichsministeramt Staatsministerium folgende Antwort erteilt: Die Reichsverfassung bestimmt in § 78 Abs. 1: Die Beamten der Behörden in den auswärtigen Staaten ist ausschließlich Ende des Reiches. Das

Staatsministerium hat wiederholt mehrfach erklärt, daß es auf die Boden der Reichsverfassung und der unbedingten Treue zu Reiches steht. Es ist daher selbstverständlich, daß das Staatsministerium auch in der Frage etwaiger Ententeangehörigkeiten nicht im Widerspruch mit dem Reichesverfassung und die Treue zum Reiches steht.

Ein Verräter.

München, 17. Aug. (Priv.-Tel.) In tiefem Nationalbewußtsein in manchen Kreisen des deutschen Volkes gesunken ist wurde neuerdings durch einen Vorfall bewiesen, der sich gestern Montag, in Augsburg ereignete. Ein anscheinend dem Arbeiterstand Angehöriger wählte einem auf der Hauptstraße dahergehenden Auto, in dessen Aufsatz ein Entente-Offizier zu reiten, anzuhalten und ertöndliche sich in auffallendem Tone, die Herren Mitglieder der Entente-Kontroll-Kommission seien. Aus der Aufsatz, ein deutscher Offizier, beschloß sofort die Gefessengesamt zu verlassen, worauf ihm der Schandbube erklärte, er könne ihm einen Platz verräumen, wo die deutsche Flugzeuge verborgene seien. Der Offizier ließ den Mann sofort festnehmen. Inzwischen hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die in großer Entrüstung den Häfling zu lachen drohte. Ein großer Polizeiaufgebot brachte ihn schließlich in Sicherheit. Die Wespel hielt sich noch lange vor der Polizeiwache, in die er verbracht werden war, auf, wurde aber dann, wie die „Münchener Nachrichten“ melden, durch gültiges Jureden freigesetzt. Solch Fälle, daß Deutsche sich dazu hergeben, der Entente Verräter- und Denunziantendienste zu leisten, haben sich auch in München in letzter Zeit wiederholt ereignet. Es ist traurig, daß sich sogar Leute von auswärts brieflich angeboten haben, der Entente-Kommission vermeintliche Waffen- und Munitions-Vorräte anzugeben und dabei gleich die Frage stellen, wieviel dafür bezahlt werde. Die Entente-Offiziere werden sich ihr Teil über solche Schandthaten denken. Man braucht nur in München an dem Hotel, wo die Entente-Kommission untergebracht sind, einige Zeit zu verweilen, um die übergroße Geschäftigkeit solcher „Deutschen“ zu beobachten. Viel Teufel vor solchen Deutschen!

Reichsminister Koch in der Pfalz.

Speyer, 16. Aug. (Mittl.) Am Nachmittag besuchte der bayerische Landwirtschaftsminister Wangelhofer und der Regierungspräsident v. Ehlingensperg mit den sie begleitenden Herren von Kaiserlautern das Gemüdenmuseum und die dort z. Zt. untergebrachte Gemüdenausstellung pflanzlicher Künste. Hieran erfolgte in Begleitung mehrerer Abgeordneter und Landwirte die Fahrt über die Sickingen Höhe nach Zweibrücken. In Hainbühl wurde Halt gemacht, um in dem Anwesen des Landwirts Hof. Paul Herber in Augenschein zu nehmen und ein für eine Junagolden weide in Aussicht genommenes größeres Gelände zu besichtigen. Ein weiterer Aufenthalt wurde in Gernersheim genommen und die ausgezeichneten Vertreter des Stortinberichslandes und die Herberdeputat eingehend befragt. Auch wurden mit verschiedenen Landwirten der Sickingen Höhe landwirtschaftliche und Tierärztliche Fragen besprochen. Dabei sollte der Landwirtschaftsminister dem Wap. Runginger einen längeren Besuch ab. In Zweibrücken nahm der Minister im Zweibrücker Hof Wohnung.

Letzte Meldungen.

Werbeoffiziere für Ungarn.

München, 17. Aug. (Priv.-Tel.) Aus Gefängnis eingeliefert wurde in Deggendorf in Niederbayern ein 22-25jähriger Werbeoffizier, der junge, ledige Männer nach Ungarn bringen wollte. Im Zusammenhang damit stand das im Deggendorfer „Donauboten“ enthaltene Inserat, in dem 80-100 nur ledige Männer als „Transportbegleiter“ gesucht und in Ungarn gefammelt werden sollten. Ausfragen des Festgenommenen befanden, daß von Wien aus 100 Werbeoffiziere nach Bayern, Tirol, Württemberg und Baden abgegangen seien. Verbindungsoffiziere, die ihnen die näheren Anweisungen und Begleit- überweisen, seien aufgestellt in Poffau, Salzburg und München.

Schwerer Zugunfall in Keval.

Berlin, 17. Aug. (Von unfr. Berl. Büro.) Ein schwerer Zugunfall ereignete sich auf der Berliner Hochbahn erlieferte sich gestern nachmittags um 4½ Uhr auf dem Hochbahnhof Wertheimerstraße. Ein in Richtung auf das Schiffske Tor abfahrender Zug fuhr ein entgegenkommender Zug in die Flanke. Dabei wurden die beiden Triebwagen schwer beschädigt und zahlreiche Personen verletzt. Davon wurden 2 schwer und die übrigen durch Glassplitter und Querschnittswunden leicht verletzt.

Große Waldbrände in Rußland.

London, 17. Aug. (Priv.-Tel.) „Daily Express“ meldet aus Keval: Ungeheure Waldbrände sind infolge der Dürre in Rußland ausgebrochen. Ganze Wälder, Kornfelder, Fabriken und Dörfer sollen dem Feuer zum Opfer. Die Sowjetregierung hat darum einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, die Feuersbrunst mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Amundsen in Bebrönais.

London, 17. Aug. (Priv.-Tel.) „Daily Chronicle“ dröhelt aus Stockholm: Der Nordpolforscher Amundsen hat telegraphiert, daß 6 seiner Leute in Norra das Schiff verlassen haben, 3 Besatzung sind ihm nur noch von seiner neuen Rorschach treu geblieben. Er sei vollständig ohne frische Lebensmittel. Unter solchen unglücklichen Umständen werde es ihm wohl unmöglich sein, seine Expedition nach dem Nordpol fortzusetzen.

Swetbrücken, 16. August. Der etwa 20 Jahre alte Sohn des selbsterklärenden Landgerichts Zweibrücken als 2. Staatsanwalt tätig gewesenem jetzigen Landgerichtsrat Schwab in München schrieb, um Geld zu erlangen, an einen Zweibrücker Geschäftsmann einen Expressbrief, in dem der Empfänger unter Androhung mit Androhung bei den Franzosen aufgefordert wurde, eine größere Geldsumme auf der Post zu hinterlegen. Die demnachrichtige Polizei überprüfte die Post und nahm den Schreiber fest, worauf als Verantwoort der Teufel der erwiderte Schwab und zwei Gefährten ermittelt wurden. Schwab hatte schon vor einiger Zeit als Besitzer eines größeren Waldgrundes vor dem Jugendgericht gestanden.

Berlin, 17. August. Der Reichspräsident empfing den spanischen Militärattaché Oberleutnant Sabidin in Sabidin, der den Lauf der spanischen Regierung für die gegenwärtige Lage in Bezug auf die Wapenverordnungen geäußert hat. Sabidin ist zum Ausbruch bereit. Der Transport dieser Wapenverordnungen geschieht in den nächsten Tagen durch das bereits in Hamburg befindliche spanische Transportschiff „Almirante Rebe“.

Berlin, 17. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die Interalliierte Kommission in Opatow gibt bekannt, daß die Entscheidung von dem Eintreffen einer neuen französischen Division in Oberschlesien nicht zutrafte. Es handle sich vielmehr um eine Abteilung aus dem spezifischen Gebiet, die, da sie ihre Aufgabe erfüllt haben, die Nacht an der Grenze in Oberschlesien verforten sollen.

München, 17. August. (Priv.-Tel.) Das Reichsverkehrsministerium beschloß gestern, daß an alle Eisenbahnen des Reiches und in Ausnahmefällen Eisenbahnen eine Verfügung erlassen, die den Verbot enthält, daß im deutschen Eisenbahnverkehr keine Ententezüge im Rollen sind. Interessant ist, daß sich darunter auch amerikanische Züge befinden, ein Verbot, das während des Krieges Frankreich seinen Eisenbahnverkehr mit Hilfe des amerikanischen Wagenparks aufrecht zu erhalten ermöglichte. In dieser Verfügung, die eine schnelle Entladung und beschleunigten Ausmarsch der Fremdwagen vorsehrt, ist keine Bestimmung enthalten, daß der Nationalität italienischer Wagen aus Deutschland nach Polen verboten ist. Beziehungen nach Polen die in italienischen Wagen transportiert werden, die vor der westlichen Grenze umgeladen werden.

Aus Stadt und Land. Zum Schiedspruch über den Mannheimer Generalarif.

Nachdem in den verschiedenen Verbänden über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches abgestimmt war und die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für Annahme sich erklärt hatte, beschloß sich am Freitag Abend im „Rodensteiner“ die Angestelltenräte mit diesem Ergebnis.

Kollege Schott, der die Versammlung leitete, gab das Ergebnis bekannt. Darnach haben die kaufmännischen Angehörten und die Werkmeister in ihrer Mehrheit für Annahme des Schiedspruches sich entschieden, während die Techniker für Ablehnung gestimmt hatten. In der Aussprache, die nach den Ausführungen des Kollegen Schott einsetzte, verfuhr man an der Verhandlungskommission Kritik zu üben. Dieses rief die Kollegen Strähle und Wenz auf den Plan, die in der eingehendsten Weise auf die Verhandlungen einzugehen und nach Lage der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu keinem anderen Entschlusse kommen konnten, als auch den Angehörten die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen. Die Angestelltenräte entschieden auch in diesem Sinne und brachten in nachfolgender Entschliessung ihre Meinung zum Ausdruck:

Entschliessung der Angestelltenräteversammlung vom 13. August 1920:

1. Nach dem Spruche des Schiedsgerichtsausschusses schafft der Generalarif nicht den erhofften Ausgleich, d. h. er dem Angestellten möglich machen sollte, seinen Existenzplan in's Gleichgewicht zu bringen. Er bedeutet für die Angestellten ein weiteres Fortwärtigen von der Hand in den Mund, ohne die Möglichkeiten eines Erfolges der durch die mehrjährige Unterbewertung der Arbeit des Angestellten vollständig verbrauchten Arbeitskraft und Lebensmittel zu geben. Ebenfalls ist es ihm möglich, sich Sicherheiten für Alter und Krankheiten zu schaffen, da bei den Privatangestellten doch unbedingte Notwendigkeiten sind.
2. Die Hoffnung des Angestellten, daß sich endlich bei den Arbeitgebern die Erkenntnis durchdringe, daß nur im Zusammenarbeiten mit einer wirtschaftlich gesunden Angestelltenkraft ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft möglich ist, hat sich nicht erfüllt. Immer deutlicher zeigt sich die Tatsache, daß eine zielbewusste Ausbeutung und Ausmergelung der Träger der Arbeit und Produktion den Rückgang der Leistungsfähigkeit und Willenskraft des Arbeitnehmers mit sich bringt.
3. Staat und Gemeinde wälzen ihre Steuerlasten auf die Schwachen, auf Lohn und Verdienst angewiesenen Schichten des Volkes in einer nie dagewesenen Härte, während es andererseits dem Großkapital, dem Handel, der Industrie und dem Grundbesitz möglich ist, ungeheuren Gewinn zu machen. Die Lösung dieser einseitigen Behandlung der Volksmassen ist nur noch darin zu erblicken, daß die Hand- und Kopfarbeiter in gemeinsamem geschlossenen Handeln ihrer Berufsorganisation und ihrer Berufsvetretung ein ausreichendes, auf die Produktion und Preisbildung, sowie auf die Entlohnung der Arbeitnehmer sich erstreckendes Mitspracherecht erkämpfen und sich für alle Geschäftsabhandlungen unbedingtes Kontrollrecht verschaffen.
4. Die verammelten Angestelltenräte Mannheims beauftrauen die Zentralstelle, sofort in Verhandlungen mit den Gewerkschaften aller Arbeitnehmer des Reiches zwecks gemeinsamer und wirkungsvoller Handlung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Angestellten einzutreten.

Brennstoffherstellung aus Obst.

Die Badische Obstverarbeitung, die bekanntlich im Gegensatz zur bad. Obstverwertungsgesellschaft eine staatliche Verwaltung ist, hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern gemäß der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüße und Obst vom 6. Juli 1917 (Staatsanzeiger Nr. 188) die Bürgermeisterräte ermächtigt, den Obsterzeugern Genehmigung zur Verarbeitung von eigenen Grundstücken gesammeltem Obst zu menschlichem Genuss untauglichen Obst, sowie von Obstresten zu erteilen. Soweit es sich nicht um Obst der bezeichneten Art handelt, verbleibt es bei der seit hergebrachten Bestimmung, daß die Gemüße am Genehmigungsbescheide des Brenneins vor dem Einschlagen des Obstes bei der Bad. Obstverarbeitung in Karlsruhe eingereicht sind.

Tagung des Verbandes badischer Krankenkassen.

Am Sonntag fand in Karlsruhe eine Tagung des Verbandes Bad. Krankenkassen (Eich Offenburg) statt, in welcher Geschäftsführer Falkenburger über den Neu-Abbruch eines Kantelvertrages zwischen der ärztlichen Landeszentrale für Baden und den bad. Krankenkassen berichtete. Er bemerkte dazu, der Kampf zwischen den Ärzten und den Krankenkassen sei nicht zu ungünstig für die Kassen ausgefallen. Im allgemeinen hätten die Kassen in der Vertragsknotenzeit keine schlechten Geschäfte gemacht und bei Schiedsgerichten seien die Kassen mit ihren Forderungen durchgegangen. Dies sei nur durch den Zusammenhalt der Kassen, durch das energische Eintreten der Hauptverbände für die Bedürfnisse der Kassen und durch das Verständnis der Reichsregierung möglich gewesen. Die bad. Regierung dagegen habe im ganzen Vertragszeit nichts getan. Dem Vorsitzenden des Bad. Krankenkassenverbandes, Landtagsabg. A. Jägermeister, gebühre für seine Tätigkeit bei den Verhandlungen Dank. Erfreulich sei es auch,

daß die „Freie Vereinigung der Bad. Krankenkassen“ mit dem Reichsbad. Krankenkassen zusammengegangen sei. Nachdem die Reichsleiter die einzelnen Bestimmungen des Kantelvertrages erläutert hatten, wurde der Vertragsentwurf einstimmig angenommen und dem Vorstand Jägermeister und dem Geschäftsführer Falkenburger für ihre Tätigkeit Dank ausgesprochen. Die Verammlung hörte sodann einen Bericht des Bürgermeisters Meyer-Berisch über die Regelung der Befoldungsverhältnisse der Kassenangestellten und schloß, daß die Grundsätze der Landesbefoldungsordnung auf die Befoldung der Krankenkassenbeamten angewendet werden. Es folgten weitere Vorträge von Verwalter Singler-Balditz über die Einführung der Familienversicherung und von Abg. Jägermeister über die Reichsversicherungsordnung. Schließlich wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten erörtert.

* Entlassen wurde auf Ansuchen unterm 12. August ds. Js. Oberverwaltungssekretär Willy Meng beim Bezirksamt Mannheim aus dem staatlichen Dienst.

* **Verdächtige Zunahme des Postverkehrs.** Der durch den Übergang der Postverwaltungen in Bayern und Württemberg seit dem 1. April einseitige deutsche Postverkehr hat nach den jetzt vorliegenden Berichten im Mai 1920 eine gewaltige Steigerung zu verzeichnen. Während sich der Zugang im April auf 10 816 Postfachstunden belief, erreichte er im Mai die Zahl von 15 790, also ein Mehr von rund 50 %. Die Zahl der Postfachstunden wurde Ende Mai auf 495 923 gegen 480 133 Ende April ermittelt. Der Umsatz stellte sich auf 53 971 Milliarden, von denen 42 086 Milliarden (im Bormal 41,2) bargeldlos beglichen wurden.

* **Ueber die Aufhebung der Vorkassen.** Das bad. Unterrichtsministerium hat an die Unternehmer nichtstaatlicher Lehranstalten einen Erlaß gerichtet, in welchem ausgeführt wird, daß in Fällen, wo eine baldige Auflösung oder ein baldiger Abbau erhebliche wirtschaftliche Härten für die Lehrkräfte usw. mit sich bringen würde, die nötige Auflösung der Vorkasse bis zum Beginn des Schuljahres 1920/21 aufgeschoben werden kann. Einmalige Gelüste um Hinausschiebung des Zeitpunktes für die Auflösung einer Anstalt sind durch die Vermittlung der Kreisbehörden bis 1. September beim Ministerium vorzulegen.

* **Verfassung der Schulverhältnisse.** Das bad. Unterrichtsministerium hat an die Schulbehörden wie an die Bezirksämter einen Erlaß gerichtet, in welchem ausgeführt wird, aus den Berichten einzelner Kreisbehörden sei zu entnehmen, daß die unzureichendsten Schulverhältnisse vielerorts in erheblicher Weise überhand nehmen. Aus diesem Grunde macht das Ministerium den Schulbehörden eine scharfe Forderung, daß in Betracht kommenden Vorschriften erneut zur Beachtung. Wenn nötig haben sich die Schulbehörden mit den Bezirksämtern in Verbindung zu setzen, um Schulverhältnisse zu ändern.

* **Befähigungsnachweis für Dentisten.** Der Vorstand der Bad. Ärztekammer hat sich bezüglich der Einführung eines Befähigungsnachweises für Dentisten einstimmig dahin ausgesprochen, daß sowohl die Beteiligung eines Arztes an der betr. Prüfungskommission wie die Übernahme einer Stelle an dem in Karlsruhe geplanten Institut für Zahntechnik als ein Vorzug gegen die Stände würde anzusehen ist.

* **Die Einmachzucker-Komodie.** Die Reichszuckerstelle hatte erklärt, daß sie noch ein Viertel Pfund Einmachzucker abgeben werde. Nach einer neueren Mitteilung sind aber diese Mengen, die aus den Leberzuckern der Rarmeladenjahren genommen werden sollten, bereits im Besitz der Fabriken und müssen aus ihren Betrieben erst wieder herausgezogen werden, um dann durch Verleisungstellen den Gemeinden überwiehen zu werden. Ein naturgemäß sehr langer Weg! Es ist heute bereits damit zu rechnen, daß dieser Zucker seinem ursprünglichen Zweck in diesem Jahr wohl kaum werden zugeführt werden können. — Es ist sehr lobenswert, schon fürs nächste Jahr zu sorgen!

* **Das Einkommen des Betriebsleiters und des Hilfsreinigers.** Der „Frankf. General-Anzeiger“ meldet aus Frankfurt am Main: Die Not der Arbeiter beleuchtete eine Klage vor dem Schlichtungsausschuß. Ein Doktor der Chemie verdienle als Betriebsleiter einer hiesigen chemischen Anstalt 800 Mark monatlich und damit, wie er ausführt, weniger als der dort ebenfalls tätige Hilfsreiniger. Er verlange deshalb tarifmäßige Bezahlung, die ihm auch der Schlichtungsausschuß mit Rückwirkung vom 1. Januar 1920 zusprach.

* **Ein zeitiger Herbst** wird für 1920 mit aller Bestimmtheit von allen künftigen Landwirten vorausgesetzt. Ein untrügliches Zeichen dafür soll besonders sein, daß die Reife der Beeren der Eberesche schon seit Ende Juli eingeseht hat.

* **Nicht identisch.** Der wegen Amtsunterschlagung festgenommene Verwaltersekretär Breunig ist nicht identisch mit dem Postleitzahlmeister Breunig bei der hiesigen Kriminalpolizei, wie wir auf Wunsch gerne feststellen.

Vergnügungen.

* **Friedrichsplatz.** Wie erwähnt, findet heute Abend 8 Uhr der Ehrenabend der Kapelle Petermann unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Becker statt. Es wird ein ausgedehntes Programm zu Gehör gebracht. Als solistisches Darbietung wird Herr Konzertmeister Rubin das Violinconcert von Mendelssohn und Herr Siebecke eine Fantasie für Violon von Hoch zum Vortrag bringen.

Die Ruhrpandemie.

* **Malsch bei Gillingen, 17. Aug.** Die Ruhrpandemie, die täglich bisher 3-5 Todesopfer forderte, ist lt. bad. Landammann seit zwei Tagen zum Stillstand gekommen. Zur Zeit liegen noch etwa 400 gemeldete Ruhrfälle vor, während die Zahl der nichtgemeldeten Ruhrerkrankungen auf 200 geschätzt wird (Malsch hat etwa 4400 Einwohner.)

Entwässerungsprojekt an der Bergstraße.

* **Sulzbach, 16. Aug.** Nach den vorhergegangenen Besprechungen in Laudenbach und Hemsbach fand am Samstagabend in der Angelegenheit der Entwässerungsanlage an der Bergstraße hier unter Vorsitz des Bürgermeisters Hartmann eine Bürgererversammlung statt, in welcher Regierungsbaumeister Kohler aus Heidelberg das Projekt erläuterte, das durch die Trockenlegung des überschwemmten Geländes die Ernte sichern und den Bodenertrag steigern soll. Die Anteile der beteiligten Gemeinden an den Gesamtkosten von 2,5 Millionen betragen für Laudenbach 38,2 Proz., Hemsbach 46 Proz., Sulzbach 18 Proz., und Weinhelm 0,4 Proz. Die Kosten für Sulzbach sind darnach auf 220 000 M. zu beziffern. Da in der Besprechung aus der Versammlung heraus verchiedene Zweifel an der Zweckmäßigkeit und technischen Durchführbarkeit des Projektes geäußert wurden, richtete Regierungsbaumeister Kohler an die Bürger die Bitte um Vertretung zur Regierung, die das Projekt aus Interesse für die beteiligten Gemeinden entwerfen habe. Die Verwirklichung des volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Planes würde eine vaterländische Tat bedeuten. Namens der Wasser- und Straßenbauinspektion richtete Regierungsbaumeister Kohler an die Anwesenden nochmals die eindringliche Bitte, bei der Entscheidung sich von weitblickenden Gesichtspunkten leiten zu lassen und dem Projekt zuzustimmen, zu dessen Durchführung bereits Verhandlungen mit Helsen im Gange seien. Bürgermeister Hartmann schloß um 11 Uhr die Versammlung.

Aus dem Lande.

* **Heddesheim, 16. Aug.** Das 25jährige Stiftungsfest des Turnvereins „Germania“ (Ableger hiesiger Turnvereine) fand gestern unter Teilnahme mehrerer Turnvereine der Nachbarschaft und der verschiedenen hiesigen Ortsvereine statt. Vormittags war das übliche Preisturnen auf dem Sportplatz, am Nachmittag Festzug und Schauturnen des Konzert- und Geselligkeit auf dem Festplatz. Das Wetter war vorzüglich. — Das 25jährige Stiftungsfest der hiesigen Schützen-Gesellschaft findet nun am Sonntag, den 22. September statt und trifft man allenfalls darauf Vorbereitung. Hoffentlich hat der Wettergott auch mit diesem Feste Einsicht und sichert ihm einen schönen Verlauf.

* **Heidelberg, 16. Aug.** Oberhalb der Eisenbahnbrücke wollte gestern nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr der 45jährige Holzraser Ernst Adam mit seinem 12jährigen Tochterchen von der Reuebenner nach der Heidelberger Seite schwimmen. Dabei erlitt der Mann, der viel mit Malarialeber zu tun gehabt hatte, anscheinend einen Schlaganfall. Er verankert plötzlich. Wie wir erfahren, wurde die Leiche unterhalb der Brücke gefanden. Der Ertrunkene hinterläßt eine Witwe mit 3 unmündigen Kindern. — Auf der Kirchweih überfallen wurde gestern Abend bei der Siegelhäuser Weide ein 35jähriges Fräulein von einem unbekanntem, etwa 20jährigen Vorkas. Der Räuber hatte es auf ihre Tasche abgesehen, da die Ueberfallene sich jedoch zur Wehr setzte, warf er sie zu Boden und mißhandelte sie. Als auf die Hilferufe Leute herbeieilten, entfloh der Gauner, ohne seine Absicht erreicht zu haben.

* **Aus dem Donnersau, 16. Aug.** Die letzten sonnigen Tage haben nach den vorausgegangenen Niederlagen das Wildwachstum dermaßen begünstigt, daß das Jahr 1920 einem der besten 10 Jahre innerhalb des letzten Jahrzehnts zuzurechnen ist, und zwar ist es diesmal der Steinpilz, der am verbreitetsten auftritt. In den Wäldern, die sich von Karlsruhbach und Hemsbach auswärts bis zum Tramm erstrecken, gedeiht der Steinpilz in so unbeschreiblichen Massen, wie dies nie zuvor beobachtet worden ist, so daß die Pilzfischer in kurzer Zeit eine reiche Beute zu machen in der Lage sind. Der große Vorzug des Steinpilzes besteht in seiner leichten Kennbarkeit und in seiner Vorzüglichkeit als bester Tafelpilz. Dazu gesellt sich noch der Vorteil, daß gegenwärtig die Pilze sehr trocken sind, jedoch sich größere Mengen leicht transportieren und verhältnismäßig lange aufbewahren lassen. Außer den Steinpilzen gibt es gegenwärtig sehr große Mengen Birkenröhrlinge, die mit ihrer rehraunen Haut und ihrem schlanken, stüppigen Stiel schon von weitem zu erkennen sind, sowie die goldgelben Butterchwämme. Da aber diese Pilze im Gegensatz dem Steinpilz bei weitem nicht ebenbürtig sind, so läßt man sie stehen. Der sehr beliebte Pfifferling ist diesmal bei weitem nicht in so großen Mengen anzutreffen, wie man dies aus den Vorjahren gewohnt ist. Aber für ihn kommt erst im September die Zeit des Hauptwachstums. Die Brombeeren haben jetzt ihre volle Reife erlangt, so daß die Waldarbeiter auf reiche Beute rechnen können, zumal die Beerenreife eine sehr gute zu werden verspricht.

* **St. Pölchen, 16. Aug.** Selbstmord durch Erhängen beugte im Städtchen Dillweihenstein der 30 Jahre alte Arbeiter Abel Schneider. Der Mann war längere Zeit hindurch arbeitslos und infolgedessen schwermütig geworden, welcher Zustand sich zum Trübsinn steigerte. Er hinterläßt eine Frau und drei kleine Kinder.

* **Leopoldshöhe bei Bruch, 17. Aug.** Auf dem hiesigen Bahnhof wurden 12 viersprache mit Stroh beladene Wagen, die über die Grenze rollen sollten, zurückgehalten, da es sich nach genauer Prüfung herausstellte, daß an dem Stroh noch die vollen Weizenähren hingen.

Die Battenbergische Heiratsfrage und Bismarck.

Fürst Alexander von Bulgarien, der keine, über kaum zwei Millionen Einwohner eines jungen, neugegründeten Balkanstaates herrschende Duodezfürst, hatte die Absicht, sich mit der Entlein Kaiserin Wilhelme L., Prinzessin Viktoria von Preußen, zu vermählen. Die Bedeutung dieses Planes lag darin, daß der Fürst, der dem nach Land- und Wuchstums am Balkan lästernem Russland gegenüber seine Selbstständigkeit nur mühsam erhalten konnte, durch die Verbindung mit der Entlein des Deutschen Kaisers hoffte, Deutschlands politisches Gewicht werde von dieser Stunde an im Interesse des Bulgarenfürsten in die Waagschale fallen. Da dies notwendig zu wegnahmen mit Russland führen mußte, da Bulgarien seit dem Feldzuge 1877/78 mehr oder weniger doch als seine Domäne betrachtet, war Bismarck stets auf engste Freundschaft mit Russland bedacht, der Heirat gänzlich abgeneigt und überzeugte auch seinen kaiserlichen Herrn davon. Als nun Fürst Alexander von Bulgarien im Mai 1884 in Berlin war, ließ ihm der alte Kaiser, der offiziell von dem Plane noch nicht Kenntnis hatte, fühlen, daß er Vertrauen gegen ihn habe. Bismarck aber nahm sich dem Fürsten gegenüber kein Blatt vor den Mund.

In einem mit Benützung der nachgelassenen Papiere Alexanders von Battenberg, des ersten Bulgarenfürsten, von E. C. Corti verfaßten, eben im Verlage von K. W. Seidel u. Sohn, Wien, erschienenen Werke wird diese denkwürdige Unterredung wie folgt geschildert:

Wenige Tage nach der Audienz beim alten Kaiser, am 12. Mai, empfing Fürst Bismarck den Bulgarenfürsten. Auch er sprach anfangs von nebensächlichen Dingen, schien Fragen des Fürsten abzuwarten, und als diese nicht gestellt wurden, ging er schließlich direkt los:

„Die Gerüchte über eine Verbindung Cure-Hohheit mit einer preussischen Prinzessin haben in Berlin den peinlichsten Eindruck hervorgerufen, und ich hoffe, aus dem Munde Cure-Hohheit die beruhigende Versicherung erhalten zu können, daß Sie an diese Verbindung nicht gedacht.“ Der Fürst: „Erst hier in Berlin erfahre ich von diesen Gerüchten.“ Pause.

Hierauf Bismarck ironisch: „Nun, da Cure-Hohheit so wenig davon zu wissen scheint, so schatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß von dieser Verbindung ernstlich die Rede war, und zwar so, daß es heftige Szenen im Palais gegeben. Ihre kaiserliche Hohheit die Kronprinzessin und der englische Hof sind für die Verbindung. Seine kaiserliche Hohheit der Kronprinz war dagegen, der Kaiser und die

Kaiserin haben erklärt, diese Verbindung nicht zugeben zu können. Ich als Reichskanzler habe seiner Majestät folgendes eröffnet: Deutschland hat kein Interesse an Bulgarien, unser Interesse ist: Friede mit Russland. Dazu gehört vor allen Dingen, daß Russland die Lieberzeugung gewinnt, daß wir im Orient keine Interessen verfolgen. An dem Tage, an dem eine preussische Prinzessin Fürstin von Bulgarien würde, wird Russland mißtrauisch werden und dieser Versicherung keinen Glauben mehr schenken, mithin würde diese Heirat meine politischen Kreise kreuzen. Dies aber geb ich nicht zu und habe mithin seiner Majestät erklärt, daß, solange ich Reichskanzler bin, diese Ehe nicht stattdessen wird, gleichzeitig versicherte ich dem Kaiser, er würde keinen Nachfolger für mich finden, der eine solche Politik vertreten.“ (Pause.) „Ich hielt es für meine Pflicht, Cure-Hohheit reinen Wein in dieser Frage einzuschütten. Seine Majestät hatte Sie nach Wiesbaden bestellt, weil er Sie in Berlin nicht sehen wollte, und ich bedauere, daß Sie hierher gekommen sind. Ich kann überhaupt nicht begreifen, warum Sie eine Prinzessin heiraten wollen, höchstens die Prinzessin Beatrice von England oder die Prinzessin Helene von Mecklenburg wären passende Partien für Sie. Ich würde Ihnen raten, eine orthodoxe Millionärin zu heiraten, das würde Ihre Stellung in Bulgarien befestigen, denn im Orient regieren, heißt schmieren, und dazu gehört Geld. Mit Moral richtet man dort nichts aus. Ich finde überhaupt, daß es Zeit wäre, daß Sie sich darüber klar werden: Deutscher oder Bulgare. Bisher waren Sie Deutscher, und das muß mit Ihrem Abgang enden. An Ihrer Stelle wäre ich vielleicht auch Deutscher geblieben, denn ich begreife, daß es einem ehrlichen, geraden Charakter, wie den Ihren, anwidern muß, mit Orientalen umzugehen. Wenn Sie aber in Bulgarien bleiben wollen, so ergeben Sie sich auf Gnade oder Ungnade an Russland, nehmen Sie, wenn es sein muß, sogar eine ostentative Haltung ein! Überhaupt halte ich die Existenz Bulgariens für problematisch. Einmal wird es Kompensationsobjekt werden, und früher oder später, jedenfalls einmal, werden Sie, am Rande liegend, sich Ihrer künftigen Jugend erinnern. In Petersburg kennt man unsere Anstalt. Mitin rate ich, ergreifen Sie jede Gelegenheit, um sich mit Russland wieder gut zu stellen. Cure-Hohheit besitzen die vollsten Sympathien der deutschen maßgebenden Kreise, ich selbst achte Sie hoch, ich bin aber der Kanzler von 45 Millionen Deutschen, deren Interesse ich nicht ignoriere eines einzigen Deutschen opfern kann; auf die Gefahr hin, mir Ihre Ungnade zuzuziehen zu haben, sprach ich, wie ich es eben tat.“

„Um noch einmal auf die Prinzessin Viktoria zu kommen, muß ich hinzufügen, sagte Bismarck weiter, daß ich seiner Majestät gesagt habe, daß, wenn diese Ehe eine Leidenschaftsache ist, Cure-Hohheit sich in Ihre Stellung als preussischer General und deutscher Fürst zurückziehen könnten, und wenn Sie dann der Kaiser als Schwiegerohn annehmen wollte, so wäre ich, Bismarck, der erste, der vor dieser Verbindung mit den herzlichsten Glückwünschen den Hut abziehen würde.“

Bismarck hatte während der ganzen Zeit kein Wort gesprochen, Bismarck hatte allein geredet. Nun warf der Fürst Alexander ein:

„Ich habe mit Empörung erfahren, daß Russland mit Mitteln gegen mich arbeitet, die unter anständigen Leuten nicht Geduld finden; man hat in Berlin und Wien unter der Hand wissen lassen, daß mein Privatleben in Bulgarien Mistoch erzeuge, daß ich zahlreiche Schulden habe und daß man in Petersburg Papiere von mir beuge, deren Veröffentlichung ich fürchten möchte. Daraufhin erlaube ich mir folgendes zu erwidern und auf das Bestimmteste zu erklären: Alle Papiere, die man von mir besitzt, möge man veröffentlichen, ich könnte dabei nur gewinnen. Schulden habe ich keine mehr. Was mein Privatleben anbetrifft, so haben Sie es ja sehr leicht, durch den deutschen Vertreter die Wahrheit darüber zu erfahren. Ich lebe wie in einer Kaserne, und jedermann kann Tag und Nacht zu mir kommen, jeder Bulgare weiß, wie möglich und einwandfrei ich lebe und erkenne dies mit Dankbarkeit an.“

„Das weiß ich“, erwiderte Bismarck, „und überhaupt hat bei uns niemand Wert auf diese Mittelungen gelegt, die unter anderem meinem Sohne Herbert zur Weitergabe an mich gemacht wurden. Mit diesen Mitteln richtet man bei uns nichts aus.“

Damit war die Unterredung zu Ende und die beiden Gegner verabschiedeten sich in der höflichsten Form voneinander. Nach den bestimmenden Eindrücken der Auseinandersetzungen mit Kaiser und Kanzler war der Empfang des Fürsten in der kaiserlichen Familie ein um so herzlicherer. Der Kronprinz gab dem Fürsten ein Diner und trank ihm dabei, als dem Planer der deutschen Kultur im Osten zu, wozu des Fürsten anderer Nachbar, Graf Dönhoff, sich die Bemerkung erlaubte: „Nur gut, daß es niemand sonst gehört hat.“ Ueberhaupt war der Kronprinz bemüht, durch ziemlich unumwundenes Herorheben seiner von der offiziellen Politik abweichenden Ansicht den gesunkenen Mut des Fürsten Alexander wieder aufzurichten. Er ging dabei soweit, dem Fürsten inbezug auf das Heiratsprojekt zu erklären, daß er ihm als Kaiser seine Tochter geben würde.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

* **Wiener Operettenspiele — Rosenarten.** Heute Dienstag wird „Ein Walzertraum“ von Oscar Straus in der bekannten Besetzung wiedergeht. Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Sp. Pfungstadt, 15. Aug. Mit einer Schusswunde im Kopf wurde kurz vor Mitternacht der 25jährige Schlosser Ludwig Schaffner aus Pfungstadt im Chauffeurgraben aufgefunden.

Neustadt a. S., 15. Aug. Der Gau Vorderpfalz des pfälzischen Bienenzüchtervereins tagte heute nachmittags im Saale der Gambirnhalle.

Mittlung der bayr. Lebensmittelstelle den Bienenzüchtern pro Voll 5% Pfund Zucker zugewiesen wird. Anmeldungen sind an Bienenzüchter Kamman in Hohlach zu richten.

Frankfurt, 15. August. Aufmerksam nach dem Genus giftiger Pilze wurde die aus fünf Köpfen bestehende Familie des Arbeiters Daniel Stroch aus Neu-Neuburg dem Offenbacher Krankenhaus zugeführt.

Wichtige elektrische Wagen leichter Bauart. Frankfurt wird sich seiner Zeit der ersten elektrischen Straßenbahnwagen - dieser für die Gleicheitung des Straßenverkehrs wichtigen Einrichtung als eine der ersten Städte erkennen dürfen.

a. Hirschhorn, 10. August. Gestern fand das erste Turnfest des Turnvereins Hirschhorn auf dem Sportplatz hier statt. Der Verlauf des Festes war bei prächtigem Wetter ein sehr schöner.

a. Hirschhorn, 10. August. Die neuen Blöden der evangelischen Gemeinde sind nunmehr in den Turm verbracht und findet der Einweihung zusammen mit der Gedächtnisfeier für die während des Weltkrieges in unserer Gemeinde am kommenden Sonntag statt.

Dauerschreitung: Dr. Feig Goldenbaum.

Berichtswort für Politik: Dr. Feig Goldenbaum; für Justiz: Dr. A. Rabenow; für Kulturen und die übrigen redaktionellen Inhalt: Dr. Franz Richter; f. Handel: J. B. Franz Richter; f. Anzeigen: Carl Wagner und Verlag: Druckerei Dr. Haack, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim. E. 6. 2.

PROSPEKT. M. 5,600,000.- neue Aktien der Portland-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart, Aktiengesellschaft Heidelberg Nr. 15,001-20,600.

Die Aktiengesellschaft Portland-Cementwerke Heidelberg, vormals Schifferdecker & Söhne in Heidelberg wurde am 17. März 1899 errichtet und am 21. März 1899 in das Handelsregister zu Heidelberg eingetragen.

Bilanz am 31. Dezember 1917. Table with columns for assets (Aktiva) and liabilities (Passiva) including items like Aktienkapital, Grundbesitz, and various debts.

Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1917. Table showing income and expenses, including taxes, interest, and dividends.

Über einzelne Bilanzposten werden folgende nähere Angaben gemacht: Die Wertpapiere setzen sich zusammen aus: 20,000.- 5% Deutsche Reichsanleihe und 20,000.- Stuttgarter Subergesellschaft-Aktien.

Bilanz am 30. November 1919.

Bilanz am 30. November 1919. Table with columns for Aktiva and Passiva, including items like Aktienkapital, Reservefonds, and various debts.

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 30. November 1919.

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 30. November 1919. Table showing income and expenses, including taxes, interest, and dividends.

Wichtigste Ereignisse zu einzelnen Posten der Bilanz: Das Aktien-Konto enthält Anleihen des Deutschen Reichs sowie verschiedene Bundesanleihen im Nennwert von **RM 5.515.000**. — ferner **RM 12.000** — Aktien. Die unter Konto-Korrent-Konto enthaltenen Bankguthaben betragen sich auf **RM 3.731.356 07**. Das Beteiligungskonto enthält folgende Bestände:

	Ertrag: 1915	1916	1917
Aktien des Süddeutschen Portland-Cementwerks H. W. Manninger	3%	3%	3%
Portland-Cementwerke Diebesheim-Neudorf	—	—	—
der Offenbacher Portland-Cementfabrik, Offenbach	—	—	—
Portland-Cementfabrik Haudenreiter, Gebr. Spöck	—	—	10%
Portland-Cementfabrik Elm in Elm	—	—	—
Portland-Cementwerke Burglangensfeld	—	—	—
des Hager, Portland-Cementwerke Marienstein, Röhren	—	—	7%
der Portland-Cementfabrik, Angeheim a. Rh. in Elz	—	—	—
Stammeslage bei der Südd. Cement-Verkaufsstelle G. m. b. H., Heidelberg	—	—	—
dem Export-Contor, Heidelberg	—	—	—
der Bankgesellschaft Selmen	1,5%	1,5%	1,5%

Die 4% Partizipations-Obligations sind in jährlichen Raten zu 102% ab 1915 bis 1944 fällig, wobei sich die Gesellschaft vorzeitige Rückzahlung mit 3 monatlicher Kündigung vorbehalten hat. Die Anleihe betrug ursprünglich **RM 2.500.000**. — Ende November 1918 waren noch **RM 2.261.000** — im Umlauf. Die Hypothekenschulden ruhen auf den Grundstücken in der Gemarkung Stuttgart. Der Vorkauf hat sich durch Verkauf einiger Eigenschaften gegen das Vorjahr ermäßigt und ist im Verhältnis der Stuttgarter Bilanz bereits näher erläutert.

Folgende Dividenden wurden in den letzten fünf Jahren verteilt: auf ein Aktienkapital von **RM 15.000.000** —

Jahr	Prozent
1913/14	6%
1914/15	4%
1915/16	6%
1916/17	12%
1917/18	10%

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören an die Herren: Alfred Weinstock, Frankfurt a. M., Vorsitzender; Alfred v. Kautle, Stuttgart, 1. Stellvertreter; Vorsitzender; Rechtsanwalt Dr. J. Helm, Heidelberg, 2. Stellvertreter; Vorsitzender; Ludwig Wacker, Heidelberg; Rechtsanwalt Franz v. Buhl, Heidelberg; Geh. Kommerzienrat Wilhelm Federer, Stuttgart; Direktor Carl Leonhard, Heidelberg; Oberfinanzrat H. Klett, Stuttgart; Karl Roenigs, Heilbronn; Direktor Wilhelm Herz, Heidelberg; Direktor Eduard Schall, Gartenau a. Gailburg; Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. Friedrich Schott, Heidelberg; Wilhelm Seip, Mannheim. Der Vorstand besteht aus den Herren: Generaldirektor Waldemar Schrader, Stuttgart; Kommerzienrat Paul Wigand, Schelllingen; Direktor Erik Bruns, Heidelberg; Direktor Carl Schindler, Weiskam; Direktor Adolf Schott, Röhren; Direktor Dr. Eduard Schott, Selmen und aus den stellvertretenden Vorstandsmitgliedern: Robert Schrader, Ebingen; Wilhelm Friederich, Stuttgart. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger, ferner in einer Frankfurter, einer Münchener und einer Stuttgarter Zeitung. Der Aufsichtsrat der Aktien über die Verluste nach Abzug der gesetzlichen Abschreibungen und Rücklagen bildet den Reingewinn der Gesellschaft. Jeder die Verteilung des Reingewinns bestimmt § 35 der Satzung wie folgt: Der Reingewinn wird wie folgt verteilt: Fünf Prozent werden dem Reservefonds solange überwiesen, bis derselbe ein Sechstel des Grundkapitals erreicht hat. Der Vorstand und die Beamten erhalten solange die ihnen vertragsgemäß zugesicherten Löhnen. Die Aktionäre erhalten hierauf eine Dividende bis zu vier Prozent des Aktienkapitals. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten solange eine Lohnsumme von zwölf und einhalb Prozent des Jahresgewinns. Dieser Anteil wird vom Reingewinn berechnet, der nach Abrechnung der Abschreibungen und Rück-

lagen, sowie nach Abzug des für die Aktionäre bestimmten Betrages von mindestens vier Prozent des Aktienkapitals verbleibt. Der Rest bleibt zur Verfügung der Generalversammlung. Die Auszahlung der Dividenden, die Ausgabe neuer Aktien und die Ausführung von Bezugsrechten, die Hinterlegung von Aktien sowie die Teilnahme an der Generalversammlung (sowie alle sonstigen, von der Generalversammlung beschlossenen, die Aktionären betreffenden Maßnahmen) erfolgen fast ausschließlich bei der Gesellschaft in Heidelberg, bei der Filiale der Rheinischen Creditbank in Heidelberg, bei dem Bankhaus Wagh & Herz in Frankfurt a. M., bei der Bayerischen Vereinsbank in München, bei der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart, bei der Württembergischen Bankanstalt vorm. Haum & Co. in Stuttgart, bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft Filiale Stuttgart in Stuttgart, bei Dörrenbach & Cie., G. m. b. H. in Stuttgart, bei der Rheinischen Creditbank in Weiskam und bei dem U. Schaffhausen'schen Bankverein U. G. in Elm a. Rh. Die Ausschüsse im neuen Geschäftsjahre sind unbestimmbar, sie hängen von der Befreiung mit Ausschüssen ab, wie selber als vollkommen ungenügend bezeichnet werden muß, so daß die Aufrechterhaltung der Ausschüsse u. J. nicht möglich ist.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 17. Februar 1920 hat beschlossen, das Aktienkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von **RM 2.000.000** — Bezugsaktien auf **RM 22.600.000** — unter Ausschlag des Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen. Die Dividende der Bezugsaktien wird auf 5% mit Nachbezugsrecht begrenzt, sie genießen in den Generalversammlungen der Gesellschaft ein zwölfaches Stimmrecht und erhalten im Falle der Liquidation des Unternehmens nach Bezahlung der Schulden aus dem alsdann verbleibenden Vermögen vorrangig die einzuzahlenden Beträge, der alsdann verbleibende Rest wird unter die Stammaktionäre nach Verhältnis der auf diese geleisteten Einzahlungen verteilt. Die Umwandlung der Bezugsaktien in Stammaktien zum Vorteil der Gesellschaft ist für den Fall vorgesehen, daß der Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft dies für geeignet erachtet. Die Schaffung dieser Aktien bezweckt, die Gesellschaft vor Liquidation zu bewahren. 1920

Heidelberg, im Februar 1920.
Portland-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart, Aktiengesellschaft.
Schrader. Wigand. Bruns. Schindler. Schott.
Dr. Schott.

Nur Grund edigen Prospektes sind
M. 5,600,000.— neue Aktien
der
Portland-Cementwerke
Heidelberg-Mannheim-Stuttgart, Aktiengesellschaft, Heidelberg
Nr. 15,001—20,600
zum Handel und zur Kotation an der Mannheimer Börse zugelassen worden.
Mannheim, im August 1920.

Rheinische Creditbank.

Offene Stellen
Feuer-Versicherung!
Wir suchen zum sofortigen Eintritt spätestens aber zum 1. Oktober d. J.,
mehrere Beamte
Die mit allen Arbeiten einer Feuerversicherungs-Generalagentur (Korrespondenz und Anwesen) vertraut sind,
Gehalt nach Klasse II und III des Reichs-Lohns. Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an die
9254
Rheinische Feuerversicherungs-Bank, Generalagentur Karlsruhe.

Erstklass. Münchener Reklame-Unternehmen
Sucht für Mannheim und größere Umgegend einen
tüchtigen Akquisiteur
Kandidat ungefähr 6 Wochen bei großer Verdienstmöglichkeit. Angebote unter Q. R. 20 an die Geschäftsstelle des Blattes. 9253

12 bis 14 tüchtige Eisendreher
mit längerer Praxis gesucht. Dauernde Beschäftigung gewährleistet.
Landauer Masch. - u. Bohrgerätfabrik
Landau (Pfalz) Untertorstr. 16

Mehrere erfahrene Werkzeugschlosser und Dreher
für dauernde Beschäftigung und dazugehörigen Lohn gesucht. Bei zufriedenerstellung der Leistung wird erhöhter Lohn gezahlt.
Hub. Zettelmeyer, Maschinenfabrik
Conz a/Saar.

Von gutem, angesehenen plätzischer Brauerei
wird ein
tücht. Vertreter
für Mannheim und Umgebung gesucht.

Eisengroßhandlung in Ludwigshafen
Sucht zum Eintritt auf 1. Oktober oder eventuell früher ein in

Stenographie u. Maschinenschreiben gewandtes Fräulein
das über mehrjährige Praxis verfügt. Angebote und Zeugnisabschriften unter X. V. 100 an die Geschäftsstelle des Blattes. 9254

Gesucht wird für die fleißige Vertretung
eine erste Kraft.
Es kommen nur Herren in Frage, die die Berechnung, sowie techn. und schriftl. Summenrechenarbeit selbständig können und eine längere kaufmännische Praxis nachweisen können. Verlangt wird ferner sicheres Auftreten und Gewandtheit im Verkehr mit der Kundenschaft.
Angebot mit Bild, Lebenslauf, sowie Zeugnisse u. Gehaltsanspr. sind zu richten unter Y. D. 104 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 9252

Leistungsfähige Tabak-Fabrik
Sucht zum Verkauf ihrer erstklass. Fabrik tüchtigen
Vertreter
für Bezirk Mannheim. Lebenslauf Maxima Mainz. Zu melden im hiesigen Hof, Zimmer 8. Feuer-Versicherung. Von größerer General-Agentur wird für sofort oder auf 1. 10. 20 ein der Feuer-Versicherung bewandter
Beamt
geh. Geh. Bewerbungen mit Lebenslauf u. Zeugnisabschriften unter P. A. 55 an die Geschäftsstelle. 9253

Botin
zum Ausfahren von Zeitungen, sowie ein
jung. Mädchen
für Kleinarbeiten sofort gesucht.
Franken & Lang, L. 14, 9.

Erstklassige Tailen-Arbeiterin
geh. Geh. 9246
Welters, unabhängiges Mädchen, tüchtig in Küche und Hausarbeit, als
Haushälterin
oder einfache Stütze gesucht. Adresse zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes. 9207

Ein Mädchen
das gut kochen kann und ein
Zimmerrädchen
das nützlich u. fleißig sein soll u. H. Familie auf 1. Sept. geh. L. 14, 14, 3. Et. 9263

Tücht. erliches Mädchen
für 1. Sept. geh. 9255
Röhrenstr. 30, II. Et.

Jüngeres Mädchen
togsüßlich geh. 9272
Waldparkstr. 18, 1. Et.

Fleiß. ehrl. Mädchen
für Küche u. Hausarbeit bei gutem Lohn sofort gesucht.
Waldparkstr. 18, 1. Et. 9259

Neu-Ostheim
Haus zum Alleinbewohnen
im Tausch
gegen eine 4-6 Zimmerwohnung preisw.
zu verkaufen.
Näheres J. Matry.
9244

Häuser
in allen Stadtteilen, gut verteilend zu verk. 9251
E. Böt. Waldparkstr. 23
Telephon 2008.

Motorräder
auch preisw. abzugeben.
Ebenich, Bartring 8.

Klein-Auto
(Willy) 2-3 Sitze, 2000, 4,5 PS, mit Servo- und Lichtschaltung, sehr schön, billig zu verkaufen.
Hannfelder, D. 2, 11. 9254

Gebrauchter Kinderwagen
preiswert zu verk. 9252
Lohmeyerstr. 22, 4. Et.

Gut Kinderklappwagen
von minderbem. Kriegsbesch.-Opfer zu möglic. Preise zu kaufen gesucht.
Angebot u. L. W. 101
Mannheim, Hauptpostlager. 9249

Zeit-Prismenfernglas
Gut, sehr gut erhalten, billig zu verkaufen. 9240
Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Für Jäger Oelbild
(Jagd im Bau), ausgezeichnetes Bild, für 200 Mark zu verk. 9212
Angebot bei A. Schärer, Q. 7, 2, 3.

3 moderne Pfirsich-Küchen
1 massives Eichen-Schlafzimmer, Stür, Spiegelschrank, ein Waschkommode mit Marmor u. Spiegel, 2 Nachttische, zwei Bettstellen mit Patentrösten, 2 Stühle billig abzugeben. 9215
Riedelstr. 27
Schneidner.

2 Lehnstühle
hellgelb, u. Rotgeflecht (Bürostuhl, Empfangsraum geeignet, 350 Mk.) zu verk. Anzug. 9211
H. Schärer, Q. 7, 2, 3.

Wein-Fässer
geh. verschied. Größen zu verkaufen. 9251

J. Marquardt
Wegplatz 2 Tel. 6423
Ein mod. Straßentaxi
beige Corbin
2 eleg. Lackierarbeiten
Gardien, grün u. braun wie neu, für große Platte (Jagd) preiswert zu verkaufen. 9251
Herr Solzky, 12, IV.

Waschmaschine
gut erhalten, wegen Platzmangel preiswert zu verkaufen. 9244
Röh. in der Geschäftsstelle.

**1 Haubackofen 1 Egge 1 Schmorbock zu verkaufen. 9253
Neckarau Waldhornstr. Nr. 30.**

Junge Jagdhunde
zu verkaufen. 9222
Näheres in der Geschäftsstelle des Bl.

Kauf-Gesuche.
Zu kaufen gesucht
Damen-Pelzmantel
modern und gut erhalten. Angebote erb. u. Q. D. 13 an die Geschäftsstelle. 9250

Gelegenheitskauf!
2 Pulver-Sessel, 1 Gas-, elektr. Luster, 1 kl. Eisenschrank preisw. abzugeben. Näheres Gefährstr. 20, Büro rechts. Ein gut erhalten blaues
Pfirsich-Kanapee
mit 2 Stoffen wegen Platzmangel zu verk. 9260
Angebot in der Geschäftsstelle des Bl. 9218

Grammophon
mit 30 Platten, sowie drei Platten sofort zu verk. Von 4 Uhr ab anfragen. 9274
P. 3, 2/3, 2. Et.

Tennis-Schläger
billig abzugeben. 9271
Friedrichsberg 42, part. I. Ungewaschen

Schuhmacher-Werkstätte
zu verkaufen nebst drei Zimmernwohnung zu tauschen. Angebot u. P. 2, 9 an die Geschäftsstelle. 9257

Groß. Eisschrank
gut erhalten, für Metzger geeignet, billig abzugeben. R. 3, 1, Wirtschaft. 9243

Sehr guterhaltener Plüschgarnitur
2 große u. 4 kleine Sessel preisw. zu verk. 9256
Röh. in der Geschäftsstelle.

Platin, Altpolierabfälle sowie Platinzähne
zu höchsten Tagespreis laufend zu kaufen gesucht
Bismutabfälle und Bismutabfälle, N. 4, 13/14
9255
Telephon 264.

Zu kaufen gesucht für Mannheim
gedeckter Benzwagen
wenig gebraucht ab 12-45 PS. nach Dimensionen, aber möglichst Wagen erstklassiger Arbeit, keine Kratzer.
Unverzügliches Angebot unter X. U. 100 an die Geschäftsstelle des Bl. erwünscht. 9242

Miet-Gesuche
Wohnungstausch - Oststadt!
3 Zimmer gegen 5 Zimmer
sowie Umzugsvergütung. 9288
Angebot unter Y. C. 103 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kaufmann von auswärts, Ende August hier eintrifft, sucht
1-2 gut möblierte Zimmer
in gutem Haus, mögl. Redarstadt oder Nähe der Friedrichstraße. Nach für Zwangsverwalter passend. 9282
Angebot unter Y. B. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wirtschaft gesucht
von einem langjährigen Bier-berufsmann gesucht. Kaufman kann in jeder Höhe gekauft werden. Würde auch Investor häufig erwerben aber Haus mit Wirtschaft kaufen bei 20000 Mk. Anzahlung. Restbetrag nur auf guten Gehalt oder wo möglich zu machen ist. Angebot. unt. P. X. 7 a. d. Geschäftsstelle. 9284

Höbl. u. leere Zimmer
u. nur bef. anläßl. vorge-
merkten Herren u. Damen
form. gesucht durch 9256
Waldhornstr. 9, 1. Tr. D. 8.
Für Vermieter mögl. sofort.

2 Zimmer u. Küche
in Q. 7 gegen

3 Zimmerwohnung
zu tauschen gesucht. 9265
Geh. Angeb. u. Q. J. 18
an die Geschäftsstelle.

Gute Belohnung
demjenigen, welcher mir
eine große Hilfe 9223

Werkstätte
oder dafür geeignetes
Magazin
der
Laden mit Werkstätte
(Trennfabrik)
sowie Mietsvermittlung.
Geh. Angeb. unter P. T. 9
an die Geschäftsstelle des Bl.

Wer tauscht
um Tage eine 9262
3 Zimmerwohnung gegen
größere von 4-5 Zimmer
um 7 Uhr. unt. P. P. 90 an die
Geschäftsstelle erbeten

Unterricht.
Zither-Unterricht
erteilt 9261
A. Wüst, Langstr. 34

Russische Sprachunter-
richt nicht erteilt
russisch. Unterricht aus
Rostoff. Geh. Angebot
unter O. A. 90 an die
Geschäftsstelle. 9242

